

Russische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8689, 8690, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Rußland und der Balkan.

Aus Petersburg, 21. August, wird uns geschrieben: Der zweite Balkanrieg hat die russischen Sympathien für die slavischen Balkanvölker so gründlich vernichtet, daß selbst die „Erdrosselung“ Bulgariens in der russischen Gesellschaft keine merkbare Wirkung hervorbringt. Es ist bezeichnend, daß sogar die Slawophilen sich auf ihrem letzten Banquet gegen eine Sondernation Bulgariens zugunsten Bulgariens ausgesprochen haben. In der Presse machen die Slavophilen keine Ausnahme, die darauf bestehen, daß Rußland auf jeden Fall Bulgariens Hilfe leisten und den „schlechten“ Bulgaren Frieden durch energisches Eingreifen verbessern soll. In den Organen, die diesen Standpunkt vertreten, gehört vor allem das „Kadettenblatt“, dessen Leiter Mikulow der warmste Freund der Bulgaren unter den russischen Politikern ist. Die „Reise“ betrachtet die Dpfer, die der neue Balkanbund den Bulgaren in Bulgarien auferlegt hat, als ein Unglück nicht nur für Rußland, sondern auch für ganz Europa, und das Blatt wird nicht müde, zu betonen, daß es schon des russischen Ansehens halber notwendig ist, kraftvoll für eine Verbesserung des bulgarischen Friedens im Sinne der Erweiterung des bulgarischen Staatsgebietes einzutreten. Dabei weist das Blatt unter anderem darauf hin, daß jede Warte von Zeit zu Zeit ihre Bedeutung und ihren Einfluß prüfen müsse, wenn sie nicht auf eine aktive Anteilnahme an den politischen Ereignissen, auf ihr politisches Prestige verzichten wolle. Die Artikel des Kadettenblattes haben nicht unbeachtet, vermehren aber eine stärkere Strömung zugunsten einer aktiveren Balkanpolitik Rußlands nicht hervorzuheben. Die Begeisterung für Bulgarien, die beim Ausbruch des ersten Balkankrieges so stark war, fehlt eben diesmal. Andererseits hatte aber die Dpfer, mit der Rumänien, Serbien und namentlich Griechenland bei den Friedensverhandlungen gegen Bulgarien vorgingen, zur Folge, daß der durch den Bruderkrieg hervorgerufene Unwille der russischen Gesellschaft sich zu einer starken Feindseligkeit gegen Rumänien und Griechenland verbot.

Die Strafenblätter machten sich diesen Umstand auch sofort zunutze. Es gehört jetzt zu den beliebtesten Beschäftigungen der Strafenpublizisten, die Operationen der rumänischen Armee als „Rasboj“ zu bezeichnen. Auf rumänisch bedeutet das Wort „Rasboj“ Krieg, auf russisch aber Rauberei. Das gibt wohlfeilen und mißtrauischen Anlaß zu mehr oder weniger bissigen Ausfällen gegen die Rumänen und ihre unblutigen Kriegshandlungen. Noch viel schärfer wird Griechenland verurteilt und erst recht in der allerletzten Zeit, nachdem der Verband aufkam, daß sich Griechenland heimlich mit der Türkei verbündet habe, um sie gegen Bulgarien anzukämpfen. Ein wahrer Sturzregen erlebter Schimpfpoete und schmerzlicher Anschuldigungen hat sich seitdem in der russischen Presse über Griechenland ergossen, so daß die griechische Regierung sich schließlich genötigt sah, durch Vermittlung der hiesigen Gesandtschaft in der Presse der Anschuldigung entgegenzutreten, daß der griechische Kommandant von Debalagits den Türken vorgezogen habe, den Ort nach Wegzug der griechischen Truppen zu besetzen. Die Richtigstellung wird aber nicht viel helfen, denn die zahllosen Artikel über die griechische „Unverschämtheit“ haben bereits das ihrige getan, um die russische Gesellschaft gegen Griechenland aufzubringen.

Die Vorgänge auf dem Balkan werden also jetzt in Rußland mit ganz anderen Augen betrachtet als vor dem zweiten Balkanriege. Ein tiefer Umbruch hat sich vollzogen. Das macht sich auch geltend in dem Verhalten gegenüber den Nachrichten über Bildung eines neuen Balkanbundes (ob sie zutreffen, braucht hier nicht untersucht zu werden), der aus Rumänien, Serbien, Griechenland und Montenegro bestehen soll. In früherer Zeit hätte man das Zustandekommen eines solchen Bundes mit Freude begrüßt, jetzt verhält man sich durchaus kühl. Die Blätter widmen ihm keine Vorgesänge, machen keinen Versuch mehr, ihn gegen Oesterreich auszuspielen.

Zugleich kann man die Beobachtung machen, daß auch der russisch-österreichische Gegensatz mit dem Abflauen der russischen Sympathien für die Balkanvölker etwas an Schärfe verloren hat. Es fällt niemandem mehr ein, die Mißerfolge der russischen Politik auf dem Balkan als einen Triumph Oesterreichs hinzustellen oder sie österreichischen Mäkten zuzuschreiben. Man spricht jetzt nur noch von einem Mißerfolg der europäischen Diplomatie. Inzwischen haben sich die russischen Blätter dem französischen Radikalismus arg vermerkt, daß es in der Kavalasfrage nicht auf Seite Rußlands stand. Auch jetzt noch erscheinen in russischen Blättern erbitterte Artikel darüber. „Nemoje Wremja“ z. B. erklärt heute, die russische Regierung hätte eigentlich vor aller Welt erklären sollen, daß Rußland auch von seinem eigenen Verbündeten im Stiche gelassen worden sei. Es wäre natürlich völlig verfehlt, daraus Schlüsse hinsichtlich der Zweckmäßigkeit zu ziehen, nur ist festzustellen, daß die Beschuldigungen der französischen Blätter und ihre nachdrücklichen Versicherungen, daß Frankreich, wenn Rußland einen entsprechenden Wunsch geäußert hätte, es auf der Schulter mit Rußland gegangen wäre, die Zustimmung nicht völlig befähigt haben.

Serbien und Oesterreich-Ungarn.

Belgrad, 23. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Das Regierungsblatt „Samouprano“ weist darauf hin, daß Oesterreich-Ungarn, nach den Versicherungen der hiesigen führenden Presse zu schließen, in der letzten Zeit viele Vorurteile gegen Serbien abgelegt zu haben scheint. Es ist lebhaft zu wünschen, daß jetzt, nach Eintritt des Friedens, wo Handel und Verkehr sich heben werden, dieser Umstand zu zugunsten Serbiens noch wesentlich intensiver werde und eine Stimmung herbeiführe, die es ermöglichte, für beide Teile günstige Abmachungen in

großem Maßstabe anzubahnen und durchzuführen. Serbien habe den aufrichtigen Willen dazu, und wenn Oesterreich-Ungarn sich nur einigermaßen entgegenkommend zeige, so werde sich gewiß eine gesunde Regelung der gegenseitigen Beziehungen erzielen lassen.

Türkische Truppen in Kirdschali?

Die folgende Meldung beruht entweder auf einem Irrtum der bulgarischen Behörden oder es liegt eine absichtliche Fälschung vor. Daß Abteilungen türkischer Truppen immer noch westlich von der Mariza stehen, scheint Tatsache zu sein, aber daß sie bis nach Kirdschali vorgedrungen sein sollten, halten wir für ausgeschlossen. Die Depesche lautet:

Sofia, 23. August. Nach amtlicher Mitteilung sind reguläre türkische Truppen in Kirdschali nicht an der Grenze Albaniens eingedrungen. Die dortige Bevölkerung ist panikartig ins Innere des Landes geflüchtet. Die Regierung hat einen dringenden Protest schriftlich bei den Großmächten unternommen.

Kirdschali ist ein Landstrich im Rhodope-Gebirge westlich von Philippopol. Die türkischen Truppen hätten von der Mariza aus das ganze westliche Thrazien und einen Teil des östlichen Makedoniens durchqueren müssen, um nach Kirdschali zu gelangen. Man hätte bei diesem Zug irgend etwas erfahren müssen. Die Entfernung in der Luftlinie beträgt 250 Antr., ist aber in Wirklichkeit sehr viel größer. Das bisher türkische, jetzt bulgarische Kirdschali-Gebiet ist von mohammedaniserten Bulgaren, sog. Pomaken, bewohnt, die von jeher in schärfster Feindseligkeit gegen die christlichen Bulgaren stehen. Die Befegung von Kirdschali durch die Bulgaren gleich zu Beginn des ersten Balkankrieges brachte den Pomaken alle Schrecken des bulgarischen Ausrottungssystems. Wahrscheinlich haben sie jetzt die schmerzlichen Verlegungen Bulgariens benutzt, um sich gegen die Bulgaren zu erheben, woraus die Nachricht vom Einmarsch regulärer türkischer Truppen entstanden sein mag. Ein Aufstand gegen die bulgarische Herrschaft in den unruhlichen Gegenden des Kirdschali-Gebietes wäre für das geschwächte Bulgarien eine sehr harte Aufgabe. — Wir erhalten noch nachstehendes Telegramm:

Sofia, 23. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Eubulgarische von Flüchtlingen aus Thrazien und Makedonien förmlich überschwemmt. Dazu kommt, daß die Demobilisierung der bulgarischen Armee durch die Anwesenheit rumänischer Truppen, die sich nur langsam zurückziehen, vielfach behindert wird. Dadurch wird die Lage immer unbehaltener und man muß sich auf gefährliche Vermittlungen gefaßt machen, wenn die Großmächte nicht bald Abhilfe schaffen.

Uebergabe von Samudschina an die Bulgaren.

Athen, 23. August. Wie aus Saloniki gemeldet wird, ist die Stadt Samudschina gestern den bulgarischen Truppen durch die griechischen Behörden nach Unterzeichnung eines regelrechten Protokolls übergeben worden. Ferner erschienen bulgarische Truppen vor Anthi. Die griechischen Behörden wollten die Stadt auf Grund der Unterzeichnung eines regelrechten Protokolls übergeben, die Bulgaren verweigerten aber die Unterzeichnung des Protokolls.

Die Ratifizierung des Friedensvertrags.

Bukarest, 23. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Montag oder Dienstag wird in Sinaloa der Austausch der ratifizierten Friedensverträge stattfinden. Die Spezialratifizierungen Bulgariens, Serbiens und Griechenlands mit dem Exemplare des ratifizierten Vertrags sind bereits hier eingetroffen.

Neuerblicher Diplohandel.

Belgrad, 23. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Zu den Kritikern, die im Königreich Serbien bisher erzeugt wurden, hingegen in den neu gewonnenen Gebieten vorzüglich geübt werden, gehört in erster Reihe das Opium. Es wird von Sumanomo bis hinunter nach Gemogel und auf beiden Ufern des Wardar angebaut und die durchschnittliche Ernte wird auf 15 bis 20 Millionen fr. geschätzt. Begreiflicherweise haben die Belgrader Großhändler bereits ein Auge auf diesen geldbringenden Handel geworfen und sie suchen ihn in ihre Hand zu bekommen. Da der Betrieb erhebliches Kapital erfordert, so hat sich die Bank Franco-Serbe, die hier in die verschiedenartigsten Unternehmungen eingreift, zur Finanzierung bereit erklärt. Ein Hindernis liegt jedoch darin, daß der serbische Staat bei der Einfuhr des Opiums aus den neuen Gebieten nach Serbien noch immer einen Zoll erhebt. Die Belgrader Handelskammer ist jetzt beim Finanzminister im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der neuen Landestteile um sofortige Aufhebung dieses Zolles eingekommen.

Albanische Gläubigersache an Kaiser Franz Josef.

Wien, 23. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Aus den meisten Städten Albanien sind am 22. August Gläubigerschreiben an den Kaiser in Zahl eingelangt. Die albanischen Städte haben zum ersten Male als Gemeinwesen eines unabhängigen Staates dem Kaiser ihren Dank für die große Hilfe ausgesprochen, durch die Albanien selbständig wurde. Die Telegramme schließen: Wir beten in unseren Kirchen und Moscheen für das Wohl und Heil des Kaisers Franz Josef, des Kaisers, Befreiers von Albanien. Solche Telegramme sandten: Skjari, Durazzo, Tirana, Alessio, Berat, Valona, Kroja und andere.

Adrianopel und Finanzboykott.

Paris, 23. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Sehr lehrreich sind die Bemühungen der französischen Zeitungen, den Russen begreiflich zu machen, daß mit dem finanziellen Boykott gegen die Türkei nichts auszurichten ist. Das nationalisierte „Echo de Paris“ gibt ohne Bemerkung eine Depesche des Wiener Korrespondenten des „Daily Telegraph“ folgenden Inhaltes wieder: Ich kann nicht glauben, daß Frankreich leichtens Dergens der Sorte einen neuen Boykott verweigern und auf das ganz besonders einträglich Geschäft Frankreichs die außerordentliche Gelegenheit wahrnehmen, und die drei Milliarden französischen Geldes, die in der Türkei angelegt sind, könnten einermachen geschädigt sein. Erst neulich sagte mir ein französischer Geschäftsmann, daß es unmöglich sei, die Türkei finanziell zu boykottieren. Mein Gewährsmann fügte hinzu, daß Frankreich, indem es Rußland gefällig zu sein sucht, in seinen Zugeständnissen viel zu weit gegangen sei und daß es in Zukunft seine Interessen nicht denen seiner Freunde und Alliierten opfern dürfe. Frankreich hat schon genug für Rußland hinsichtlich der Bagdadbahn getan.

Ubrigens ist man allgemein überzeugt, daß eine Verbindung zwischen Rußland und der Türkei schon so gut wie erfolgt ist. Nach einem Konstantinopeler Bericht des „Matin“ würde sich Rußland mit türkischen Zugeständnissen für Bulgarien nach der Kizilirmis-Seite hin begnügen, wobei nur noch eine Regelung der Frage der Befestigung von Adrianopel zu erfolgen hätte. Alles das wird klar hervorbetont, sobald, wie unumstößlich zu erwarten ist, der bulgarische Abgeordnete in Konstantinopel, Herr Marfiewitsch, seine Unterhandlungen mit der Pforte wieder aufgenommen haben wird. „Beti Parisien“ bemerkt hierzu nachdrücklich, daß niemand mehr daran denken kann, sich die erzielten Ergebnisse anzusehen, da die türkischen Truppen auf einem Druck Europas wahrscheinlich mit einem Staatsstreich antworten würden. „Adrianopel“ sagt das Blatt, „wird der Pforte verbleiben, und diese Regelung ist auch für das Balkangebiet gewiß und für den Orientfrieden das Beste.“

Neuer Deutschenmord in Mexiko.

Guadalupe tauigen Angebens ist seit Ausbruch der mexikanischen Wirren, die den erzungenen Mächtig des Präsidialen Porfirio Diaz zur Folge hatten, eine ständige, alljährlich sich wiederholende Einrichtung geworden. Zu der Fabrikvorstadt Guadalupe bei Puebla wurden Mitte Juli 1911 durch auffällige Anhänger Maderos und streikende mexikanische Textilarbeiter vier Deutsche ermordet und acht verletzt. Drei Männer und eine Frau waren die Dpfer. Himmelschreiende Einzelheiten erfährt man später von dieser Schreckstat. Die in Mexiko herrschende Anarchie hat seit damals noch keinen Anstoß ausgeleitet. Eine ausreichende Sühne für die Morde ist nicht erlangt worden. Am 30. Mai des vorigen Jahres folgte die Ermordung des Deutschen Hugo Bell in San Miguel am Demesquial-Flusse. Seine Komte die Kunde von einer neuen schweren Bluttat, die an einem Deutschen verübt wurde. Das Telegramm lautet:

Mexiko, 23. August. Bei einem Ueberfall von Rebellen auf das Landgut Chelua, 20 Antr. nördlich von der Hauptstadt, ist der Reichsdeutsche Friedrich Vocht durch einen Schuß leicht verletzt worden, sein Bruder Hans wurde von den Angreifern mitgeschleppt und erschossen, ihre Schwester Genariete befindet sich in Sicherheit, ebenso ein dritter Bruder Alfred. Auf Betreiben der deutschen Gesandtschaft in Mexiko wurde die Rebellenbande sofort nach Bekanntwerden des Ueberfalls von Regierungstruppen verfolgt und unweit des Tzarates mit einem Verlust von 80 Toten aufgegeben, der erschossene Hans Vocht wurde gestern im Besitz des deutschen Geschäftsträgers v. Kardorff befristet. Seine Mörder befinden sich vermutlich unter den getöteten Rebellen. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Die Verteidigung der französischen Ostgrenze.

Paris, 23. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Ardennen- und Luxemburg-Brüche bildet seit geraumer Zeit ein leitmotiv für die patriotischen Herzen der Franzosen. Es kam vor geraumer Zeit in Aufnahme, als der rheinische Grenzplatz Eisenborn geschnitten wurde. Bekanntheit dem aber allmählich wieder. Nun kommt mit großem Ehrgeiz der Senator Henry Bergerer darauf zurück. Er führt im „Matin“ seinen Bandenleuten die hundertfachen Gefahren vor Augen, denen Frankreich ausgesetzt ist:

„Das so mächtige, wenigstens dem Anschein nach an der elsäss-lothringischen Grenze gestärkte Frankreich ist nach den Ardennen- und Nordostgrenze hin fast wehrlos. Nach Luxemburg hin haben wir weder Sperrforts noch Armeekorps, die nötig wären, der suchbaren Militärkonzentration Deutschlands, die augenblicklich um Trier herum durchgeführt wird, den Weg zu verlegen. Das Großherzogtum Luxemburg mit dem anliegenden belgischen Teil, der keine Verteidigung aufweisen darf, bildet geradezu eine einladende Pforte zum Vordringen für eine Offensivarmee“ usw. usw. Der aufgeregte Senator verlangt, daß man etwas tue, um Frankreich vor der drohenden Gefahr zu retten, und er hält